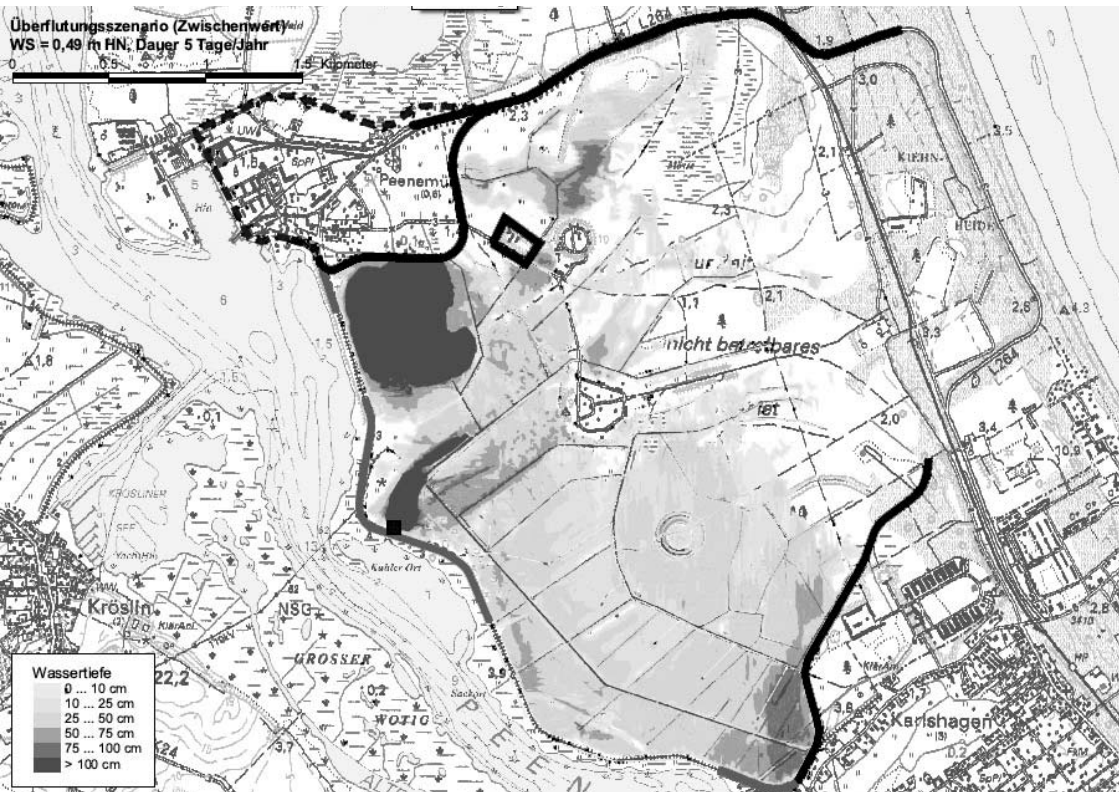


Deichrückbau im Norden Usedom

EIN ZWEIFELHAFTES „NATURSCHUTZ“-PROJEKT



Quelle: Umweltplan GmbH

Seit dem Frühsommer 2008 ist die Bevölkerung Nordusedoms aufgeschreckt: Der Peenestromdeich, der sie vor Überschwemmung von Westen her schützt, soll weg, das dahinter liegende Gebiet, eine Mischung aus Wald und feuchten Wiesen, soll „renaturiert“ werden, als Ausgleichsfläche für Investitionen am Industriestandort Lubmin, nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt. Das ganze nennt sich Kompensationsflächenpool Cämmerer See, von uns hier kurz KFP genannt.

Ein Aufschrei ging durch die Bevölkerung, eine Bürgerinitiative gründete sich, mehr als 8000 Unterschriften wurden dagegen gesammelt.

Wir als „Bürgerinitiative Gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.“ wollen mit dieser Schrift über die bekannten Fakten informieren, stellen Fragen und versuchen einige Antworten zu geben.

Wir mussten feststellen, dass die Fakten um dieses Projekt nicht so klar in der Öffentlichkeit bekannt sind, wie wir dachten.

Auch viele derjenigen, die dieses Projekt vehement ablehnen, wissen oft so manche Fakten und Argumente nicht einzuordnen.

Wir benutzen für diese Schrift die uns zugänglichen öffentlichen Quellen, Informationen seitens des Landesumweltministeriums und des Vorhabensträgers, der Energiewerke Nord (EWN), sowie natürlich eigene Erfahrungen.

Als ehrenamtliche Mitglieder der Bürgerinitiative können wir nicht auf eine lückenlose Recherche über Vorgeschichte und Hintergründe zurückgreifen, nehmen uns an mancher Stelle anstelle dokumentarisch belegter Fakten auch das Recht zu wohl begründeter Vermutung heraus.

Diese Zusammenfassung von Argumenten soll die Gegner des Deichrückbaus ermutigen und wappnen, soll diejenigen nachdenklich stimmen, die aus einzelnen unterschiedlichen Gründen Verständnis zeigen, und weist schließlich auf eine Anzahl von Ungereimtheiten im Projekt selbst und im Umgang der Initiatoren mit den Beteiligten hin.



Foto: Klingner

Die Bürgerinitiative im Kurzporträt

Auf einer Bürgerversammlung im August 2008 in Karlshagen gründete sich die BI, ein Vorstand konstituierte sich und beschloss, einen Verein zu gründen. Am 8. Dezember 2008 wurde der Verein „Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.“ in Karlshagen gegründet.

Nach wenigen Monaten konnte die BI bereits über 120 Einzelmitglieder und fünf Vereine zu ihren Mitgliedern zählen:

- Förderverein Peenemünde
- Anglerverband Peenemünde
- Schützenverein Karlshagen
- Marinekameradschaft Peenemünde
- Hegering Zinnowitz

Bis zum Sommer 2010 wurden mehr als 8000 Unterschriften gegen den Deichrückbau gesammelt, davon knapp die Hälfte von Einwohnern der Region, der Rest von Touristen oder Bewohnern anderer Usedomer Orte.

Damit nimmt die BI eine Ausnahmestellung unter ähnlichen Vereinigungen ein. Wir können mit Recht darauf verweisen, dass unsere BI faktisch die Meinung der gesamten Bevölkerung des Inselnordens vertritt und keineswegs die Bevölkerung spaltet, wie es bei vielen anderen Bürgerinitiativen der Fall ist. Es gibt kein Verständnis und erst recht keine „schweigende Mehrheit“ für den Deichrückbau in der Bevölkerung!

Das Projekt

Aus dem Dokument „Kompensationsflächenpool Cämmerer See“ datiert vom 17. Juni 2008, erstellt vom Vorhabens träger Energiewerke Nord (EWN)

„Kurzbeschreibung des Vorhabens“

In dem betreffenden Gebiet zwischen Karlshagen und Peenemünde, einer Fläche von 940 ha, bestehe das „von den Umweltbehörden des Landes M-V angestrebte Ziel, einen möglichst großen Teil der an den Cämmerer See angrenzenden Fläche ökologisch deutlich aufzuwerten. Dies soll durch Rückbau des am Peenestrom verlaufenden Deiches und damit Wiederherstellung der natürlichen Vorflut erreicht werden. Der überwiegende Teil der Flächen sind bundeseigene Grundstücke, welche ohnehin durch Übertragung in Nationales Naturerbe für dauerhafte Sicherung für den Naturschutz vorgesehen sind... Im April 2008 hat das Umweltministerium die naturschutzrechtliche Maßnahme an EWN übertragen. Es ist vorgesehen, im Bereich des Cämmerer Sees und der angrenzenden Niederungen einen Flächenpool zu schaffen, aus dem Ausgleichsflächen für mehrere Investitionsvorhaben **am Industriestandort Lubmin** (Herv. BI) zur Verfügung gestellt werden können.“

Die betreffenden Investoren, die den KFP auch finanzieren sollen, werden aufgeführt, unter anderem befand sich darunter das damals geplante Steinkohlekraftwerk von DONG Energy.

Als erstes wird in der Kurzbeschreibung jedoch ein anderer Grund genannt, der Hochwasserschutz:

Es wird „im Zuge des Hochwasserschutzes Nordusedom das Sturmflutschutzprojekt (Deichneubau) des StAUN (Staatliches Amt für Umwelt und Natur, d. Red.) Ueckermünde geplant. Durch die Errichtung eines Deiches von Peenemünde bis zur Düne Zinnowitz soll der Schutz gegen von der Ostsee her anstehendes Hochwasser verbessert werden. Mit dem durch den geplanten Deich erreichten Ringschluss ist nicht nur für die Ortschaft Peenemünde sondern auch für große Teile Nordusedoms ein Schutz gegen Hochwasser für das Bemessungsereignis gegeben.“

Diese Aussage ist eine dreiste Verfälschung von Tatsachen. Es wird der Anschein erweckt, der hier erwähnte Deichneubau käme erst durch den KFP zustande, welcher dadurch den Hochwasserschutz stärken würde.

In Wirklichkeit existieren diese Projekte völlig unabhängig voneinander. Der so genannte Riegeldeich zwischen Peenemünde und der Ostsee (als Düne Zinnowitz wird die gesamte Düne von Zinnowitz bis kurz vor die Nordspitze Usedoms bezeichnet) ist lange in der Landesplanung und geht auf alte Pläne zurück (siehe nächstes Kapitel). Durch den KFP würde er jedoch zur Farce und müsste in seiner Gestaltung so angepasst werden, dass auf ihm auch die Straße und die Schiene nach Peenemünde Platz finden. Der hier formulierte „Ringschluss“ würde durch den KFP nicht erreicht, sondern wegen des Rückbaus des Peenestromdeiches verhindert.

Zu dem nach Rückbau des Peenestromdeiches notwendig werdenden Schutz der Ortslage Karlshagen ist im KFP vorgesehen, einen neuen Deich zu errichten, der am Hafen Karlshagen beginnt und kurz vor dem Bahndamm Richtung Peenemünde aufhört.

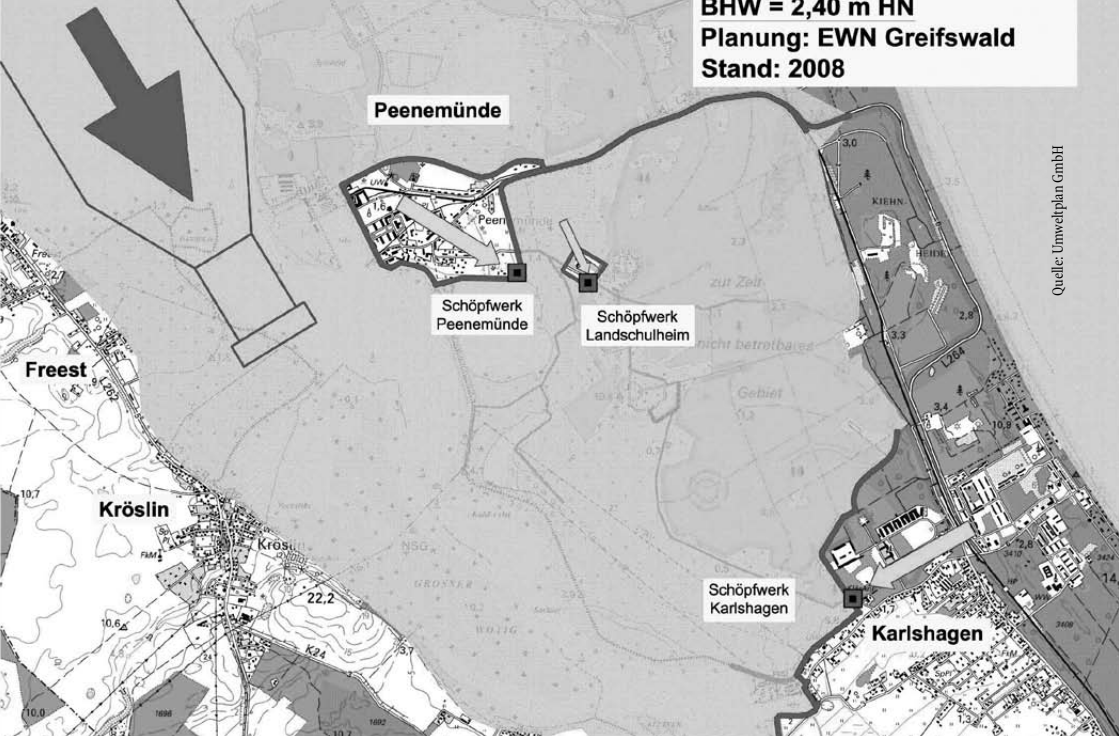
Auch die Ortslage Peenemünde müsste dann zusätzlich von Süden her durch einen neuen Deich geschützt werden, Peenemünde würde von Deichen umgeben.

Die Projektunterlagen wurden Ende November 2009 von EWN beim Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) zur Genehmigung eingereicht, gegenwärtig (August 2010) wird die Vollständigkeit der Unterlagen geprüft.

Zur Vorgeschichte des Projektes

Hochwasser und Deichbau im Inselnorden

Die Erfahrungen der großen Hochwasserereignisse von 1872, 1874 und 1904/05 mündeten 1908 in Pläne, Nordusedom von der Peenestromseite her durch einen Deich zu schützen, der bis über die Nordspitze herum Anschluss an die Düne Zinnowitz finden sollte. Bis Anfang der 1930er Jahre wurde der Deichbau von Süden her bis nach Karlshagen vollendet. Die Heeresversuchsanstalt Peenemünde war dann seit 1936 Auslöser und Geldgeber für die Weiterführung der ursprünglichen Pläne, der Deich wurde bis Peenemünde weitergebaut. Dabei entstand der Cämmerer See durch die Abtrennung einer ehemaligen Bucht des Peenestroms. Der Hochwasserschutz im äußersten Norden der Insel wurde damals durch Aufschwemmung der Ortslage Peenemünde und des Flugplatzes provisorisch gelöst, er ist bis heute aber nicht gleichwertig mit dem Schutz durch den Peenestromdeich und die Ostsee-Düne, die Lücke im Hochwasserschutz besteht immer noch.



Schließlich einigten sich vor wenigen Jahren die Gemeinde Peenemünde und die Landesbehörden von Mecklenburg-Vorpommern über den Verlauf des so genannten Riegeldeiches von Peenemünde bis zur Ostsee. Er soll nun nicht, wie früher geplant und zeitweise von der Gemeinde Peenemünde gewünscht, den gesamten Inselnorden umschließen, sondern unmittelbar nördlich von Straße und Schiene verlaufen und ist im 2009 aktualisierten Regelwerk Küstenschutz des Landes unter den bis 2014 zu realisierenden Vorrangvorhaben aufgeführt.

Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

Erklärtes Ziel des Landes ist die Renaturierung verschiedener Gebiete, vor allem im

Rahmen des so genannten Moorschutzprogramms zur Wiedervernässung ehemals meliorierter Flächen, auch als Ausgleichsflächen für die Inanspruchnahme von Natur durch Industriebauten. Vor allem entlang des Flusslaufs der Peene entstanden zahlreiche wieder vernässte Flächen.

Offenbar wurde im Zuge der Prüfung, welche Flächen als Ausgleichsfläche für die Renaturierung geeignet seien, durch die Landesnaturschutzbehörden auch der Bereich zwischen Karlshagen und Peenemünde ins Auge gefasst.

Cämmerer See als potenzielle Ausgleichsfläche

Bereits im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahn A 20 wurde diese Fläche als Aus-

gleichsfläche benannt und ein Deichrückbau in Erwägung gezogen. Diese Pläne wurden jedoch – nach Aussagen verschiedener Quellen – durch den damaligen Landesumweltminister Wolfgang Methling (PDS) gestoppt, mit der Begründung, dass sie vor Ort nicht durchsetzbar seien.

Im aktuellen Entwurf des Raumordnungsprogramms Vorpommern ist diese Fläche unter anderem als potenzielle Ausgleichsfläche für Industriebauten ausgewiesen. Als die betroffenen Gemeinden des Amtsbereiches dazu um ihre Meinung befragt wurden, war jedoch nicht die Rede davon, dass damit ein Deichrückbau verbunden sei.

Originalton Marlies Seiffert, damals und heute Bürgermeisterin von Karlshagen:
„Von einem Deichrückbau wurde uns nichts gesagt“.

Die Einstufung als Ausgleichsfläche – das betrifft alle diese Flächen – ist nicht im Textteil des Raumordnungsprogramms enthalten, sondern nur von Insidern in der Kartenlegende erkennbar. Der damit verbundene Deichrückbau war in einem nur in der Diskussionsphase öffentlich zugänglichen Zusatzdokument hinter der Formulierung „Auspolderung“ versteckt.

Es ist aus heutiger Sicht schwer, hier an Zufall oder Nachlässigkeit zu glauben. Als EWN dann 2008 das Projekt vom Land übertragen bekommen hatte und begann, die Gemeinden vom geplanten Deichrückbau zu informieren, war die Entrüstung groß, sie wurden erstmals damit konfrontiert!

Warum ist die Bevölkerung gegen den Deichrückbau?

Unsere Argumente im Fokus

Hochwasserschutz vor dem Hintergrund des Meeresspiegelanstiegs

Durch den Rückbau des Peenestromdeiches würde die Hochwasserschutzfunktion des Riegeldeiches wieder aufgehoben. Der Riegeldeich soll ja verhindern, dass das Hochwasser von der unzureichend geschützten Nordspitze Usedom nach Süden fließt. Ohne Peenestromdeich würde jedoch dem Hochwasser der Weg von Westen genau dorthin geöffnet. Die einzige Funktion des Riegeldeiches bestände dann darin, bei Sturmhochwasser die Einströmöffnung des Hochwassers in den Peenestrom von Norden her zu verkleinern und die landseitige Zufahrt nach Peenemünde zu sichern.

Das wird aber auch durch die ursprüngliche Variante des Riegeldeiches gewährleistet, mit dem Unterschied, dass der Deich dann nicht von beiden Seiten vom Hochwasser umgeben wäre.

Das Szenario 240 cm über normal Null (siehe Karte auf vorhergehender Seite) zeigt anschaulich die Fahrlässigkeit, dem Hochwasser den gesamten Inselnorden zu öffnen. Der Ersatzdeich nordwestlich von Karlshagen soll vor dem Bahndamm enden, hier besteht aber schon laut Hochwasserszenario eine Gefahr des Umströmens. Wenn man dazu berücksichtigt, dass Hochwasser nicht wie in einer Badewanne regelmäßig steigt, sondern mit Fließdynamik verbunden ist, wird die Gefahr noch deutlicher.

Besonders bizarr ist die Tatsache, dass der für die kommenden Jahrzehnte prognostizierte Meeresspiegelanstieg in der ursprünglichen Planung in keiner Weise berücksichtigt wurde.

Unvorstellbar, aber wahr!

Die vom zuständigen Büro „Umweltplan“ angegebenen Zeiten, in denen bestimmte höhere Wasserstände auftreten, sind ein Beleg dafür. So ist für den Wasserstand 49 cm plus eine durchschnittliche Zeitdauer von fünf Tagen pro Jahr angegeben (siehe Karte auf S. 1). Das mag noch für eine gewisse Zeit zutreffen und basiert auf Zahlen vergangener Jahre.

Wie sehr aber diese Aussage von anderen Publikationen – und auch von der Wirklichkeit – abweicht, zeigen die folgenden Beispiele.

Die 2009 gegründete AG Klimawandel beim Regionalen Planungsverband Vorpommern (Mitglieder des Verbandes sind die Landkreise und kreisfreien Städte der Region) hat sich dazu im Protokoll ihrer 1. Beratung wie folgt festgelegt:

„Ursprünglich wurde für die Bemessung von Sturmflutschutzanlagen mit dem Maximalhochwasserstand der Sturmflut von 1872 und unter Berücksichtigung eines Meeresspiegelanstiegs von 20 cm auf Basis der ... Kontinentalenkung gerechnet. Hinzu kommt neuerdings ein fachbehördlich festgelegter Zuschlag von plus 30 cm für den zu erwartenden Anstieg des Meeresspiegels aufgrund des Klimawandels. In der Gesamtsumme entspricht dies einem Aufschlag von 50 cm... Es wurde darauf hingewiesen, dass durch neueste Betrachtungen im Rahmen der Vor-

bereitung des Klimaschutzgipfels in Kopenhagen für die Ostsee vorliegen... Damit könnte ein Meeresspiegelanstieg von 1,0 bis maximal 1,5 m in den nächsten Jahrhunderten zu erwarten sein. Die Annahme von 50 cm Meeresspiegelzunahme stellt somit möglicherweise einen zu geringen Wert dar.“

Aus dem Regelwerk Küstenschutz des Landes MV von 2009, S. 48:

„... wird für die Festlegung des Bemessungshochwasserstandes ein Anstiegsbetrag (für den Meeresspiegel, d. Red.) von 20–30 cm bis 2070 veranschlagt. Dieser Wert berücksichtigt keine klimawandelinduzierte Beschleunigung des Meeresspiegelanstiegs.“

Aus: Arved Fuchs, Blickpunkt Klimawandel, Delius Klasing Verlag 2009

Beitrag von Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, Potsdam-Institut für Klimaforschung, S. 66:

„Bis 2100 rechnet der Weltklimabericht 2007 des IPCC (Weltklimarat, d. Red.) mit einem Anstieg um 18–59 cm, zuzüglich eines Beitrags der Eisdynamik, den IPCC für nicht quantifizierbar hält. Seither hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass insgesamt wahrscheinlich mit einem Anstieg von 50–150 cm bis 2100 zu rechnen ist.“

Zu den von „Umweltplan“ erstellten Hochwasser szenarien muss also noch der inzwischen auch amtlich prognostizierte Meeresspiegelanstieg hinzugerechnet werden.

Angesichts des dann erreichten Ergebnisses ist es keineswegs ein Horrorszenario, wenn wir sagen, dass der Kompensationsflächenpool Cämmerer See die Existenz des gesamten Inselnordens fahrlässig und ohne Not aufs Spiel setzt.



Christoph Linke vom StAUN Ueckermünde versuchte in einem Vortrag, die Wirkungen des Meeresspiegelanstiegs zu relativieren. Der Prognose von 46 cm Meeresspiegelanstieg bis 2100 setzte er ein Wachstum der Torfschicht bei Überflutung entgegen. Doch nach seiner eigenen Übersichtskarte besteht nur etwa ein Viertel der Fläche aus Torf, der dann wachsen könnte, aber auch erst bei ständiger Überflutung. Außerdem rechnet er eine Landhebung des Gebietes von 0,4 mm pro Jahr ein. Woher diese Aussage stammt, bleibt sein Geheimnis. Alle zugänglichen Quellen sagen in diesem Gebiet eine Landsenkung oder bestenfalls gleich bleibendes Niveau voraus.

Dazu muss erwähnt werden, dass im Gebiet des Ostseeraumes im Norden sich das Land – befreit von der Last der Eiszeit – immer noch hebt, während der Süden sich senkt. Über die Grenzlinie dieser Tendenzen gibt es unterschiedliche Aussagen.

In einem schwedischen Zeitungsartikel (Sydsvenska Dagbladet, 11. 11. 2009) zum Thema Meeresspiegelanstieg wird ausgesagt, dass sich sogar noch der Süden Schwedens, die Küste Schonens, um einen Millimeter pro Jahr senkt.

So kommt Linke, ein Befürworter des Projektes, auf einen Nettoanstieg des Wasserspiegels bis 2100 von lediglich 19 cm.

Ein Schelm, wer Arges dabei denkt!

Alle weiteren Argumente sind auf die perspektivischen Schwankungen und Erhöhungen des Wasserstandes bezogen.

Denkmalschutz und Tourismus

Die Untere Denkmalschutzbehörde des Kreises war unter den ersten und ist immer noch einer der entschiedensten Gegner des KFP. Ein großer Teil der Denkmallandschaft Pee-

nemünde würde perspektivisch einer dauerhaften Überflutung ausgesetzt und damit nicht mehr zugänglich. Das widerspricht nicht nur der entsprechenden Festlegung im Tourismuskonzept Usedom 2015 des Tourismusverbandes Insel Usedom e.V., welches die Ausnahmestellung Peenemündes und seiner Denkmallandschaft als Tourismusmagnet ersten Ranges in den Vordergrund stellt, sondern konterkariert auch das kürzlich vollzogene Engagement des Landes bei der Entwicklung des Museums Peenemünde.

Munitionsaltlasten und Schadstoffe

Der gesamte Inselnorden, und damit auch das Gebiet des KFP, wurde im Krieg mehrfach bombardiert. Es gibt genaue Unterlagen darüber, wie viel und welche Arten von Bomben eingesetzt wurden, die Trichterstandorte sind kartographiert. Die Blindgängerquote wird generell mit 10–20 Prozent angesetzt. Die Trichter wurden nach 1945 verfüllt, mit allem zur Verfügung stehenden Material.

Darüber hinaus wurde das Gebiet des KFP nach 1945 zur unkontrollierten Entsorgung von Schadstoffen aus dem militärischen Alltag genutzt, Informationen darüber fehlen naturgemäß.

Verschiedene unabhängige Spezialisten für Munitionsbergung haben sich zu den Gefahren eindeutig geäußert, die nicht nur aktuell bestehen, sondern sich bei einer zeitweiligen oder dauerhaften Überflutung ergeben würden. Besonders sensibel reagieren Blindgänger auf Schwankungen des Grundwasserspiegels.

Die Aussagen des Landesinnenministeriums, dass keine größere Gefahr bei Überflutung bzw. höherem Wasserstand erkennbar sei,

als es gegenwärtig der Fall ist, müssen demgegenüber wie Beschwichtigungen wirken. Wer übernimmt die Verantwortung für ein bewusstes Herunterspielen unkalkulierbarer Gefahren für die Bevölkerung?

Trinkwasser

An der nordöstlichen Begrenzung des KFP befindet sich ein Trinkwasserschutzgebiet mit mehreren Brunnen, die für die aktuelle Trinkwasserversorgung eine Reservefunktion haben. Nach Aussagen von Fachleuten würde notfalls ein gefährdeter Brunnen stillgelegt werden können, um eine Verunreinigung des Trinkwassers nach Überflutung des Trinkwasserschutzgebietes zu vermeiden. Als Ersatz könnte ein neuer gebohrt bzw. Wasser aus anderen Reservoirs zugekauft werden. Darüber, wie dieses Szenario mit langfristigen Entwicklungen des Wasserbedarfs für Usedom oder Gefahren der Trinkwasserverunreinigung übereinstimmt, liegen offenbar keine detaillierten Untersuchungen vor. Es bleibt die Gefahr, dieses Trinkwasserschutzgebiet durch den Deichrückbau in seiner gesamten Existenz zu gefährden.

Grundwasserspiegel und Naturschutz

Die Angst vor erhöhtem Grundwasserspiegel war für viele Bewohner der erste Gedanke, nachdem das Projekt bekannt wurde. Auch die BI kann jedoch die Argumentation des Vorhabensträgers nachvollziehen, dass durch den geplanten Neubau von ortsnahen Pumpwerken dieses Problem lösbar wäre und gegenüber dem jetzt einzigen Pumpwerk eine Verbesserung darstellen würde.

Keine Untersuchungen gibt es aber dazu,

welche Konsequenzen ein stärkeres Entwässerungsverhalten und eine veränderte Fließrichtung des Grundwassers auf die Stabilität der innerörtlichen Bauten hätte.

Wer dieses Gebiet in Augenschein nimmt, stuft es keineswegs als eine notwendigerweise zu „renaturierende“ Fläche ein. In diesem Gebiet befinden sich schon jetzt viele wertvolle Flä-

den gesetzlich geschützten Arten ein Grund für die Undurchführbarkeit des KFP wäre. Die Aussagen dazu müssen endgültig noch getroffen werden.

Die mögliche Aufwertung von Teilen der Fläche kann jedoch nicht losgelöst von den o.g. langfristig wirkenden Faktoren beurteilt werden.

Haltung der Volksvertreter zum Deichrückbau

Diese widerspiegelt in seltener Eindeutigkeit die Meinung der Bevölkerung.

Ende 2008 fassten die Gemeindevertretungen von Karlshagen, Trassenheide und Mölschow fast durchweg einstimmige Beschlüsse gegen den Deichrückbau. Im Frühjahr 2009 informierte sich der Umweltausschuss des Kreistages Ostvorpommern vor Ort über das Projekt und initiierte einen Beschluss des Kreistages, der im Mai 2009 mit großer Mehrheit den Deichrückbau ablehnte. Auch in der jetzigen Legislaturperiode lehnte der neu gewählte Umweltausschuss des Kreistages einstimmig den Deichrückbau ab.

Das ist Ausdruck eines sachlich begründeten und sehr eindeutigen politischen Willens der Bevölkerung und ihrer gewählten Organe.

Es drängt sich die Frage auf, welchen Wert dieses eindeutige Votum für den Entscheidungsprozess hat. Nach den vorliegenden gesetzlichen Richtlinien keinen! Es sind „lediglich“ politische Willensäußerungen, die nach Gesetzeslage für das Genehmigungsverfahren unerheblich sind.

Anders wäre es mit einer Ablehnung durch die Gemeinde Peenemünde, auf deren Gebiet sich der Flächenpool befindet (s.u.).



Teil der Denkmallandschaft am Deich

chen, es ist Heimat für zahlreiche seltene und geschützte Tier- und Pflanzenarten. Darüber, welche Arten das genau sind, weichen die Aussagen von ortskundigen Einheimischen und den vom Vorhabensträger beauftragten Spezialisten in manchen Punkten ab. Dabei muss die jahrelange Erfahrung der einheimischen Naturfreunde berücksichtigt werden. Dazu kommt, dass bei einem Deichrückbau ein Teil des Waldes zerstört werden würde, mit der Pflicht, an anderer Stelle aufzuforsten. Welchen Sinn ergibt das in der Summe?

Die Initiatoren des KFP sprechen von einem Abwägungsprozess zwischen jetzigen Arten (denen durch Überflutung die Lebensgrundlage genommen wird) und künftig sich dort wahrscheinlich ansiedelnden Arten. Fakt bleibt, dass eine Beseitigung der Lebensgrundlage von dort eventuell vorkommen-

Dubiose Begleitumstände des Projektes

Begründung für die Auswahl dieser Fläche

Interessant ist die Wandlung, der diese Begründung von offizieller Seite unterworfen wurde.

Offenbar war der Zusammenhang zum Autobahnbau mehr allgemeiner Natur, denn durch die Autobahn wurden ja keine unmittelbaren Küstengebiete beansprucht.

In der Projektbegründung von EWN vom April 2008 wurde betont (s.o.), durch den Rückbau des Deiches soll die „Wiederherstellung der natürlichen Vorflut erreicht werden“.

Das alles wurde durch EWN so begründet, dass ein räumlicher Bezug zwischen Investition und Ausgleichsfläche einzuhalten sei. Es entstünden in diesem Gebiet wieder Salzwiesen, die einen hohen Naturschutzwert aufweisen.

Originalton Dieter Rittscher, Geschäftsführer der EWN, im Gespräch mit Vertretern der BI:

„Eine ständig überflutete Fläche ist keine Ausgleichsfläche mehr“.

Die Argumentation der Initiatoren wies aber eine wesentliche Schwäche auf: Der Meeresspiegelanstieg der kommenden Jahrzehnte wurde ja anfangs nicht berücksichtigt (s.o.)! Wo bleiben dann die Salzwiesen?

Macht nichts, sagte Christoph Linke, Dieter Rittscher hat Unrecht, auch eine überflutete Fläche ist wertvoll, wenn auch anders.

So schnell können Ziele angepasst werden!

Mit der Umsetzung des neuen Bundesnatur-

schutzgesetzes ergibt sich die Schaffung von so genannten Öko-Pools. Das sind größere zusammenhängende Flächen, die unabhängig von räumlicher Nähe als Ausgleichsfläche für Investitionsmaßnahmen dienen und bundes- bzw. EU-weit genutzt werden können.

Das Land nutzte stillschweigend diese Möglichkeit und erklärte das Gebiet zu einem dieser Öko-Pools, womit gegenüber der Ausgangsbegründung die Beschränkung auf den Standort Lubmin entfiel.

Andererseits besteht für das Land und EWN dadurch auch die Möglichkeit, bundesweit nach geeigneten Ausgleichsflächen zu suchen. Das ständig strapazierte Argument der Alternativlosigkeit ist damit also hinfällig.

Der Umgang mit der Gemeinde Peenemünde

Die Gemeindevertretung von Peenemünde war im Frühsommer 2008 der erste Adressat für die Information von EWN über das Projekt, und auch die erste Quelle für den lautstarken Protest dagegen, denn die Fläche liegt vollständig auf dem Gebiet dieser Gemeinde. Bürgermeister Rainer Barthelmes und seine Stellvertreterin Anke Teßnow waren Teilnehmer der ersten Bürgerversammlung im August 2008 in Karlshagen, auf der die Gründung der BI beschlossen wurde, sie setzten ihre Unterschriften auf die Protestliste gegen den Deichrückbau.

Rainer Barthelmes war auch auf dem Podium der von der BI im November 2008 organisierten Diskussion, äußerte sich im NDR gegen den Deichrückbau.

Dann wurde es plötzlich still in Peenemünde.

Für das Verständnis der folgenden Gescheh-

nisse ist ein kurzer Rückblick wichtig. Die Gemeinde Peenemünde ist ein Opfer der Veränderungen seit 1990. Der Marinestützpunkt wurde geschlossen, die ehemaligen Kasernengebäude und Wohngebäude verfielen, der Ort bietet bis heute ein wenig ansehnliches Äußeres, die Bevölkerung schrumpft dramatisch. Die Einwohner fühlen sich mit Recht vernachlässigt, suchen seit Jahren krampfhaft nach einem Ausweg aus der Misere, werden dabei allein gelassen. Der Bund will mit den ehemaligen Militärliegenschaften Kasse machen, statt sie zu günstigen Bedingungen an mögliche Investoren abzugeben.

Im Gegensatz zu anderen betroffenen Gemeinden, die Beschlüsse gegen den Deichrückbau fassten (s.o.), tat sich in Peenemünde, dem Ausgangspunkt des Protestes, nichts! Anfang 2009 sprach der BI-Vorsitzende Bürgermeister Barthelmes daraufhin an.

Originalton Rainer Barthelmes gegenüber Rainer Höll:

„Wenn ich von jemandem etwas will, muss ich ihm auch etwas anbieten“.

Wer und was damit gemeint war, kam durch einen Artikel der Ostseezeitung vom 13. Mai 2009 ans Tageslicht:

„Die Gerüchteküche brodelte schon lange. Dieter Markhoff (CDU), Chef des kreislichen Umweltausschusses, deutete es am Montagabend in der Kreistagssitzung bereits an, als er davon sprach, dass der Gemeinde Peenemünde bei einer Zustimmung zu den Renaturierungsplänen der Energiewerke Nord GmbH (EWN) die Verbesserung der Infrastruktur in Aussicht gestellt werde. ...

Die außerordentliche (nicht öffentliche, d. Red.) Hauptausschusssitzung der Gemeinde Peenemünde am 23. März – das Protokoll liegt der OSTSEE-ZEITUNG vor – bestätigt die Aussage Markhoffs. Darin wird Jörn Mothes, Koordinator der interministeriellen Arbeitsgruppe im Bildungsministerium, bei der Diskussion um das Leitbild Museum Peenemünde folgendermaßen zitiert: ‚EWN will schnellstmöglich die bundeseigenen Liegenschaften in Peenemünde erwerben, beräumen, begrünen und dann der Gemeinde übergeben. Hier könnten dann die Gemeinde und das Land Investitionen tätigen. Im Gegenzug müsste die Gemeinde den Renaturierungsplänen der EWN zustimmen...‘

In der Zusammenfassung wird Mothes mit folgender Aussage zitiert: ‚In welcher Form sich das Land finanziell an der Entwicklung der Gemeinde beteiligen wird, hängt von der kommunalen Entwicklung der Gemeinde ab.

Sollte die Gemeinde sich positiv zu den EWN-Plänen äußern, sind die Voraussetzungen anders zu bewerten (Hv. BI).‘ Mit den Inhalten des Protokolls konfrontierte OZ gestern Peenemündes Bürgermeister Rainer Barthelmes. ‚Wir haben nicht die Absicht, uns erpressen zu lassen. Uns geht es darum, die Infrastruktur des Ortes zu verbessern. Das ist doch nur ein Angebot.‘“

Dieses „Angebot“ wurde dann im Herbst im Beschluss der Gemeindevertretung „Über die Bereitstellung von gemeindeeigenen Grundstücken für die naturschutzrechtliche Maßnahme ‚Kompensationsflächenpool Cämmerer See und angrenzende Niederungen“ umgesetzt, der in seiner Konfusität kaum zu überbieten ist.

Wörtlich heißt es dort in § 1, Absatz 1:

„... unterstellt die Gemeinde eine erhebliche Einschränkung der touristischen Wertigkeit der Cämmerer-See-Niederung, weist auf die in Folge der Vernässung eintretende und durch die Bürger nicht akzeptierte Waldumwandlung hin und verweigert mit dieser Begründung ihre Zustimmung zur Maßnahme und damit auch zur Nutzung von gemeindeeigenen Grundstücken für die Maßnahme.“

Eine klare Aussage, sollte man meinen, damit wäre der Deichrückbau an fehlender Zustimmung der Gemeinde bereits gescheitert.

Weit gefehlt!

Mit einer wohl als geschickt angesehenen, von wem auch immer vorgeschlagenen Formulierung folgt die Rolle rückwärts im Absatz 2:

„Um dieser Einschränkung der touristischen Wertigkeit des Ortes Peenemünde entgegen zu wirken, bietet die EWN der Gemeinde einen Ausgleich an anderer Stelle an. Dieser soll durch eine Verbesserung des Ortsbildes, insbesondere durch Aufwertung von in der Ortslage befindlichen Grundstücken erfolgen. Dazu kauft die EWN dortige Grundstücke an, die nach deren Beräumung und Begrünung der Gemeinde ... zur Verfügung gestellt werden.“

Noch Fragen, liebe Demokraten?

Doch, sie müssen gestellt werden.

Was hat die überfällige Infrastrukturentwicklung in Peenemünde mit dem Deichrückbau zu tun?

Nichts, gar nichts!

Man stelle sich das vor: Ein Staatsbetrieb (EWN) bietet der Gemeinde die Beseitigung von Missständen an - als Gegenleistung wird

die Zustimmung zu einem Projekt gefordert, welches damit in keinerlei Zusammenhang steht.

Und der Vertreter der Landesregierung unterstützt das nicht nur, sondern verstärkt den Druck seinerseits noch!

Man fühlt sich in einen Film versetzt, der über Zustände in, sagen wir höflich, demokratisch unterentwickelten Ländern handelt!

Offenbar hat die Landesregierung kein rechtes Vertrauen in den Ausgang des von ihr selbst immer so beschworenen demokratischen Planfeststellungsverfahrens und wollte hier kräftig nachhelfen, denn mit einer Ablehnung durch die Gemeinde Peenemünde hätte das Projekt von vornherein keine Chance.

Wir als BI wollten diese Verfahrensweise nicht so stehen lassen. Ministerpräsident Erwin Selering (SPD) wurde vom BI-Vorsitzenden in einem Bürgergespräch in Wolgast im August 2009 mit dem OZ-Artikel konfrontiert. Außer seiner Entgegnung, dass ein solches Vorgehen, sollte es sich als wahr erweisen, nicht den Prinzipien der Landesregierung entspreche, tat sich nichts.

Es folgten mehrere Schreiben an den Petitionsausschuss des Landtages. Zunächst versuchte Jörn Mothes, nach Anfrage durch den Petitionsausschuss, seine Formulierungen abzustreiten und als mögliche „Mitschriften eines Gemeindevertreters“ darzustellen. Auf unser nochmaliges Drängen bekamen wir die Antwort des Petitionsausschusses,

„... dass der Petitionsausschuss mögliche Ausführungen, die von Teilnehmern in einer nicht öffentlichen Sitzung eines kommunalen Gremiums getätigt werden, grundsätzlich nicht kommentiert“. Deshalb könne der Ausschuss zu den „Äußerungen, die ein Vertreter

eines Ministeriums getätigt haben soll, keine Bewertung abgeben.“

Wieder kann der Normalbürger ein Stück „Demokratie“ dazulernen. Nicht öffentliche Sitzungen sind rechtsfreie Räume, in der jeder alles ohne Konsequenzen sagen kann! Man hätte den „Vertreter eines Ministeriums“ ja nur nach seinem Protokoll exemplar befragen brauchen, oder noch besser – es einsehen können.

Ignoranz durch den Umweltausschusses des Landtages

Zweimal, 2009 und 2010, wurde das Thema KFP durch die Linkspartei auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt. Zweimal lehnten es die Vertreter der SPD-CDU-Regierungskoalition und damit die Mehrheit der Ausschussmitglieder ab, unsere BI in dieser Angelegenheit auch nur anzuhören. Und das, obwohl wir im Vorfeld jedes Mitglied des Ausschusses über unsere Sachargumente gegen das Projekt im Detail informiert hatten.

Natürlich erfolgte diese Entscheidung nach Anhörung der Vertreter der entsprechenden Ministerien. Auch hier wieder ein schönes Beispiel von „Demokratie im wahren Leben“. War „Schutz“ der Regierung vor der Opposition für die Abgeordneten wichtiger als der Wählerauftrag?

Interessenslage

Das Projekt KFP Cämmerer See ist ein geschlossener Kreis.

Das Land hat ein (im Grunde berechtigtes) Interesse daran, Renaturierungsflächen auszuweisen.

EWN als (staatseigener) Projektentwickler hat die Pflicht, für Investoren auf eigenem

Gelände Ausgleichsflächen bereit zu stellen.

Also überträgt das Umweltministerium die Fläche an EWN zur Entwicklung, Genehmigungsbehörde ist das dem Umweltministerium unterstehende LUNG.

Flächeneigentümer ist der Bund, die Übertragung an die Deutsche Bundesstiftung Umwelt ist beschlossene Sache, das Gebiet wurde flugs zum Bestandteil des Nationalen Naturerbes erklärt.

Aus Gesprächen mit allen Beteiligten stellt sich für die BI die Lage so dar.

Die Hartnäckigkeit mit der trotz des großen Widerstandes an dieser Fläche festgehalten wird, spricht für folgendes:

Der mit Abstand größte Wert als mögliche Ausgleichsfläche liegt darin, dass sie, abgesehen von Splitterflächen, vollständig in öffentlicher Hand ist, also ohne „störende“ Privateigentümer. Konkrete Begründungen, weshalb es gerade diese Fläche sein muss, werden beliebig der Lage angepasst, aber dadurch nicht glaubwürdiger. Die Zuordnung zum Nationalen Naturerbe soll für zusätzliche Rechtfertigung sorgen.

Die angestrebte „Renaturierung“ ist vielleicht nach sehr oberflächlichem Blick nachvollziehbar, stellt sich aber nach genauem Augenschein der Fläche als Alibifunktion dar. Das eigentlich begrüßenswerte Anliegen des Naturschutzes wird in diesem Fall missbraucht und versucht, gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.

Wie oben dargestellt, ist der summarische Nutzen für die Natur durchaus zwiespältig und nicht so eindeutig, wie er von den Befürwortern dargestellt wird. Durch den Meeresspiegelanstieg wird dieser Nutzen schließlich völlig ad absurdum geführt.

Die BI führte mehrere Gespräche mit Umweltminister Dr. Backhaus, um parallel zum laufenden Genehmigungsverfahren einen Kompromiss zu suchen.

Dabei war es unser erklärtes Ziel, diese drei Interessensgebiete vereinbar zu machen:

- Aufwertung der Fläche im Sinne des Naturschutzes,
- Notwendigkeit einer Ausgleichsfläche für den Standort Lubmin,
- eindeutige Ablehnung des Deichrückbaus durch die Bevölkerung

Die BI verwies auf die Notwendigkeit, nach Alternativflächen zu suchen, bot selbst mehrere Alternativvarianten an, forderte auch, Überlegungen der Befürworter weiterzuvollziehen, Lösungen bei bestehendem Deich zu finden. Die BI verzichtete während der Gespräche mit Dr. Backhaus auf spektakuläre Aktionen und verhielt sich konsequent ergebnisorientiert.

Bis Juli 2010 konnte die BI jedoch keinerlei Kompromissbereitschaft bei den Befürwortern und Initiatoren entdecken und brachte deutlich zum Ausdruck, dass sie sich nicht für Alibi-Veranstaltungen oder sogar für die Unterstützung des Deichrückbaus gegenüber der Bevölkerung instrumentalisieren lassen würde.

Ausweg

Der Versuch, dieses Projekt trotz des augenscheinlichen geschlossenen und sachlich gut begründeten Widerstandes der Bevölkerung und ihrer gewählten Organe ohne Einschränkung durchzusetzen, lässt die Vermutung auf-

kommen, dass sachfremde Gründe eine Rolle spielen.

Ein kompromissloses Festhalten an der Ursprungsvariante hätte mehrere Konsequenzen.

1. Die BI schließt aufgrund der Interessenslage und der Begleitumstände eine positive Entscheidung der Genehmigungsbehörde nicht aus, der Widerstand gegen einen solchen Entscheid ist vorhersehbar.
2. Das Verfahren verzögert sich dadurch weiter, notwendige Ausgleichsflächen stehen möglicherweise nicht rechtzeitig zur Verfügung, weil Alternativen nicht verfolgt werden.
3. Die Planung des Riegeldeiches ruht während des Genehmigungsverfahrens, mit der Konsequenz, dass trotz Verankerung im Landesplan der Hochwasserschutz für Nordusedom weiter auf sich warten lässt und nicht termingemäß bis 2014 umgesetzt werden kann.

Mit entschiedenem Nachdruck weist die BI den während der Gespräche mit Minister Dr. Backhaus formulierten Vorwurf zurück, mit ihrem Widerstand gegen den Deichrückbau trage die BI die Verantwortung für den eventuell verzögerten Riegeldeich und würde nicht an die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investoren denken.

Wer es ernst meint mit demokratischer Mitbestimmung, mit der Einbeziehung der Bevölkerung in solche schwer wiegenden Entscheidungen, der muss Fakten anerkennen, muss das „NEIN“ der Volksvertretungen akzeptieren und daraus die Konsequenzen ziehen.

Wer nicht ganz bewusst einen ernsthaften

Konflikt mit der regionalen Bevölkerung sucht, wer nicht will, dass sich politische Kräfte, die diese Demokratie abschaffen wollen, sich hier als Trittbrettfahrer profilieren können, wer ein Interesse daran hat, den gesellschaftlichen Frieden im Inselnorden nicht aufs Spiel zu setzen, der kann nur einen Kompromiss anstreben, der sich innerhalb der von der BI formulierten drei Interessensgebiete bewegt: Auch bei bestehendem Deich kann die Fläche aufgewertet und damit als Ausgleichsfläche genutzt werden.

Auf diese Weise würde die Aussage einer Naturschutzorganisation des Landes mit echtem Leben erfüllt werden, der sich Minister Dr. Backhaus ausdrücklich anschloss:

Kein Naturschutz gegen den Willen der Bevölkerung!

Wir hoffen nachwievor auf die Kompromissbereitschaft der Landesregierung, gehen aber mit großer Zuversicht in das Genehmigungsverfahren und rufen gleichzeitig alle Bürger dazu auf, sich mit persönlichen Einwänden in das Verfahren einzubringen, wofür wir natürlich Unterstützung geben.

Wir sagen es hier in aller Deutlichkeit:

Die Bevölkerung im Inselnorden wird einen Deichrückbau nicht ohne Widerstand hinnehmen!

Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.

c/o Dr. Rainer Höll

Dünenstraße 14, 17449 Karlshagen

Tel. 038371-54433, Fax 038371-26657

www.kein-deichrueckbau-usedom.de

info@nordlichtverlag.de

